



Polizeibesetzte als Opfer von Gewalt – wie schützt der Staat seine Beschäftigten?

Im Jahr 2017 wurden im Bundesgebiet über 74 000 Polizeivollzugsbedienstete in Ausübung ihres Dienstes Opfer einer Straftat. Die Palette der Tatbestände reichte von Beleidigungen über Körperverletzungen bis hin zu versuchten Tötungsdelikten. Gerade die Gewalttaten haben in den letzten Jahren stetig zugenommen. In Hessen wurden im vergangenen Jahr 3967 Kolleginnen und Kollegen Opfer von Gewalt. Rückblickend bedeutet dies eine Zunahme seit 2013 um 24% und einen Höchstwert bisher gemessener Delikte. Neben den Ausschreitungen bei Demonstrationen, Fußballspielen und Großeinsätzen (wie z. B. dem G20-Gipfel oder der Eröffnung der EZB) ist ein weiteres Phänomen hinzugekommen: die Respektlosigkeit und Gewalt gegen Polizeibesetzte, auch wenn diese keine Maßnahmen gegen die Verursacher durchführen. Beispielsweise werden Einsatzkräfte gerade von Jugendlichen angepöbelt, an lebensrettenden Maßnahmen gehindert oder körperlich attackiert.

Am Beispiel der Gaffer bei schweren Verkehrsunfällen, erleben wir, mittlerweile medial aufbereitet, wie Neugier und Eigendarstellung manchen Charakterlosen dazu verleitet, schwerste Unfallstellen zu Videografieren, um dann später beim Wettlauf in Facebook oder Twitter „die geilsten Bilder“ zu posten!

Ein Hoch auf unsere Kollegen, die diese zunehmende Form von Despektierlichkeit ahnden, wie unlängst in der Hessenschau gezeigt wurde. Ist es die pure Langeweile, die Menschen dazu verleitet, aus reinem Zeitvertreib so zu agieren?

Aber auch die pure Gewalt gegen die Polizeibesetzten, Rettungskräfte und Feuerwehrlente haben im zurückliegenden Jahr nie gekannte Sphären erreicht. Reichen die seitens der Politik vorgesehenen Strafverfahren aus? Wie werden diese von der Justiz angewendet? Gibt es

Rechtsprechungen, die Gaffer disziplinieren und Gewalttäter abschrecken?

Hören wir uns im Kollegenkreis um, vernehmen wir Stimmen, die deutliche Kritik an Entscheidungen von Staatsanwaltschaften und Gerichten in diesem Zusammenhang (zu Recht) äußern. Was war geschehen?

Am Tattag kam es zu einer Schlägerei im Taunus. Bei Aufklärung dieser Situation wurden die vier eingesetzten Polizeibeamten durch eine Vielzahl von Menschen verbal und körperlich angegangen. Dies gipfelte in einer Festnahme, bei der sich das Gegenüber heftigst wehrte und mehrfach auf PHK X. einschlug und eintrat, sodass dieser einen Nasenbruch erlitt und mehrere Wochen nicht dienstfähig war. Durch die Umstände kam es zu wiederholten Versuchen der Gefangenenbefreiung. Ein hinzugezogener Diensthund musste eingesetzt werden, um die Menge von der Festnahmesituation abzuhalten. Die Körperverletzungshandlungen des Hauptangeklagten wurden gut sichtbar mittels Bodycam aufgezeichnet. Zwei Jahre später kam es zur Verhandlung.

Die eigentliche Tat lag nun zweieinhalb Jahre zurück. Insgesamt waren acht Personen angeklagt, sämtliche wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, der Hauptangeklagte zusätzlich wegen Bedrohung, Beleidigung und Körperverletzung und die restlichen wegen Gefangenenbefreiung.

Zunächst gab der Hauptangeklagte über seinen Rechtsanwalt sämtliche ihm genannten Tatvorwürfe zu. Andere Angeklagte, welche durch den Diensthund gebissen wurden, sahen keinerlei Fehlverhalten bei sich, sondern vielmehr beim Diensthundeführer. Die übrigen wollten sich nicht äußern. Die Polizeibeamten machten umfassende Angaben und verwiesen auf den neutralen Beweis der Bodycam-Aufzeichnung. Noch bevor der



Jens Mohrerr

letzte damals anwesende Polizeibeamte seitens des Gerichts angehört wurde, wurde seitens der Rechtsanwälte die Einstellung des Verfahrens wegen geringer Schuld gefordert. Die Staatsanwaltschaft bestand jedoch auf die Sichtung des Videomaterials. Das Abspielen des Videos gestaltete sich jedoch als schwierig. Es gelang nicht, den Ton zu aktivieren. Das Übertragen auf einen Beamer gelang. Im Video war klar erkennbar, wie der Hauptangeklagte mehrfach nach dem Polizeibeamten schlägt und tritt. Die Beleidigungen und Bedrohungen waren aufgrund der mangelhaften Tonqualität nicht hörbar. Nach Abspielens des Videos fragte der Richter, ob die Staatsanwaltschaft sich auf das Videomaterial berufen wolle. Dies wurde verneint, die Staatsanwaltschaft wollte lediglich, dass das Video unkommentiert in das Verfahren eingebracht wird. Die Rechtsanwälte beantragten eine Einstellung nach § 153 StPO, welchem die Staatsanwaltschaft zustimmte. Der Richter folgte diesen Anträgen mit der Auflage, dass der Hauptangeklagte 5000 Euro Schmerzensgeld an PHK X. zahlen soll.



VORWORT

Bei unseren Kolleginnen und Kollegen entstand der Eindruck, dass das Videomaterial keinerlei Beweiswert hatte. Die Rechtsanwältinnen nutzten die Aufnahmen vielmehr, um die Glaubwürdigkeit der Polizeibeamten aus verschiedensten Gründen herabzusetzen.

Das Fazit der beteiligten Kolleginnen und Kollegen ist fatal: es entstand zu Recht der Eindruck, dass die Aufzeichnungen der Bodycam nutzlos waren und ihr eigentlicher Beweiswert nicht gewertet wurde. Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte und andere schwerwiegende Straftaten wie Gefangenenerleichterung erfahren in diesem Fall keine juristischen Konsequenzen.

Nochmal: Seit dem Jahr 2013 ist bis heute ein Anstieg von Gewalttaten um 24% erfolgt! Ob und inwieweit der Strafraum des § 114 StGB ausreicht, um eine wirksame Abschreckung darzustellen, muss in der Mitte der Gesellschaft thematisiert werden.

Dabei dürfen auch Polizeibeamtinnen und -beamte, die auch Menschen sind, Kritik darüber äußern, wenn Ermittlungsverfahren eingestellt werden oder Freisprüche gegen Gewalt-

täter ausgesprochen werden. Damit eines klar ist: Dies ist keine Kritik an unserem demokratischen Rechtsstaat, in dem die Gewaltenteilung Grundvoraussetzung unserer Demokratie ist. Es sind die erlebten Tatsachen unserer Kolleginnen und Kollegen, die arbeitstäglich (24/7) an 365 Tagen im Jahr damit umgehen müssen. Was müssen sich denn diejenigen von uns, die an vorderster Linie Dienst verrichten, alles anhören? Beleidigungen und Beschimpfungen sind nahezu alltäglich. Wo bleibt hier der „Mensch Polizist“, der auch Rechte hat? Richten wir den Fokus auf unsere Kolleginnen, stellen wir fest, dass gerade sie auf das äußerste, mit an dieser Stelle unaussprechlichen Worten, beleidigt werden. Ganz abgesehen davon, dass ihr Einschreiten häufig nicht vom Gegenüber akzeptiert wird.

Leider hören wir immer häufiger im Kollegenkreis, dass eine Anzeige in diesen und anderen Fällen „nichts bringt“ oder „sowieso eingestellt“ wird.

Damit können und dürfen wir uns nicht abfinden! Wie kommt es zu dieser negativen Grundstimmung? Vollzieht man Urteilsbegründungen nach,

ist oft vom sog. „berufstypischen Risiko“ zu hören. Müssen sich Menschen in Uniform oder Polizeibeamte der Kriminalpolizei, die als solche erkennbar sind, alles bieten lassen? Nein, liebe Richter und Staatsanwälte, keine noch so hohe Resilienz oder soziale Kompetenz kann den unflätigsten Beleidigungen dauerhaft standhalten. Hier erwarten wir zu Recht nicht nur eine hohe Rückendeckung aus der Bevölkerung! Namhafte Umfragen belegen dies Jahr für Jahr, Polizeibeschäftigte haben nicht nur ein hohes Ansehen, sie benötigen auch die Rückendeckung von den Repräsentanten aus dem Hessischen Landtag!

Behördenleitungen sollten viel mehr Gebrauch von ihrem Recht machen, Strafantrag für die im Dienst verletzten Kolleginnen und Kollegen zu stellen. Die Gewährung des behördlichen Rechtsschutzes und die Übernahme von Schmerzensgeldansprüchen sollten die Regel sein, weniger die Ausnahme!

Euch und euren Familien wünschen wir erholsame Ferien in der Sommerzeit.

Kollegiale Grüße
Jens Mohrherr

NEUEINSTELLUNG

GdP Hessen stellt Juristin ein

Im April gab es einen Wechsel in der Rechtsschutzabteilung. Nach mehr als 40 Jahren bei der GdP hat Frau Reetz den Ruhestand angetreten und wurde von Sarah Hoffmann abgelöst, die als Volljuristin die Rechtsschutzabteilung übernommen hat. In den Rechtsschutzangelegenheiten bleibt es bei den gewohnten Abläufen, es werden auch weiterhin Rechtsschutzanträge über die Rechtsschutzbeauftragten der Bezirksgruppen an die Rechtsschutzabteilung eingereicht. Zusätzlich kann von der Geschäftsstelle nun aber auch eine juristische Beratung und gegebenenfalls auch Vertretung der Mitglieder angeboten werden.

Sarah Hoffmann hat in Mainz und Marburg Rechtswissenschaften studiert. Das Referendariat absolvierte sie am Landgericht Wiesbaden mit Ausbildungsstationen bei der Staatsanwaltschaft in Wiesbaden, dem Präsidium für Technik, Logistik und Ver-



Sarah Hoffmann

waltung (jetzt HPT) sowie in einer Anwaltskanzlei mit Standorten in

Frankfurt, Gießen, Berlin und Hannover. Sie absolvierte ein Praktikum an der Hochschule für Polizei und Verwaltung in der Zentralverwaltung und war zuletzt im öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz als Justiziarin beschäftigt. Dort war sie für Fragestellungen und bundesweite Prozessvertretung aus dem Arbeits-, Dienst-, Datenschutz-, Personalvertretungs- und Prüfungsrecht zuständig. Als Rettungssanitäterin hat sie zudem eigene Erfahrung im „Blaulichtbereich“ sammeln können.

Als Frau eines Polizisten und aus eigener Erfahrung im öffentlichen Dienst sind ihr die Belastungen, die der Polizei- und Verwaltungsdienst mit sich bringen kann, bekannt. Deshalb setzt sie sich mit Überzeugung für die Wahrung und Durchsetzung der Rechte der Polizistinnen und Polizisten sowie Tarifbeschäftigten im Rahmen des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes ein.



RÜCKSCHAU ZUR GdP-STERN-VERLEIHUNG

„Es war ein so wunderschöner Abend!“

„Es war ein so wunderschöner Abend! Vielen, vielen lieben Dank nochmal!“ Mit diesen Worten bedankte sich Max Müller, alias Michi Mohr aus den Rosenheim Cops, in der Woche nach der Preisverleihung telefonisch noch einmal persönlich bei der GdP. Am 6. April verlieh die Kreisgruppe Kassel für die Jahre 2018 und 2019 den GdP-Stern an Julian Reichelt (Vorstandsvorsitzender der Chefredaktion der Bild Zeitung Deutschland) und Max Müller. Als Gewerkschafter des Jahres wurde Reiner Deichmann geehrt, dessen Idee es zu verdanken war, dass die stufengleiche Höhergruppierung für unsere Angestellten in Hessen heute Realität ist.

Hamburg vor Augen

Die Eröffnung nach Einlass der fast 140 Gäste wurde musikalisch durch das Duo „2Simple“ gestaltet.

Nach Begrüßung der Gäste durch die Moderatoren Marcus Leitschuh und Lars Elsebach und der Grußworte des Kasseler Oberbürgermeisters und GdP-Mitglieds Christian Geselle sowie des Vertreters der Stadt Baunatal, Herrn Moulliet, wurden die Preise verliehen.

Ein eindrucksvoller und gleichermaßen bedrückender Kurzfilm als Einpieler, welcher allen Zuschauern mit den schlimmen Bildern von den gewalttätigen Ausschreitungen beim G20-Gipfel in Hamburg deutlich vor Augen führte, was die Polizei an diesen Tagen dort über sich ergehen lassen musste, sorgte für anschließende absolute und betroffene Stille im Saal, bis der Festredner die Bühne betrat. Diese gewaltige Bildsprache, welche eine bis dahin beispiellose Orgie entfesselter Gewaltbereitschaft zeigte, die sich an Menschen in Uniform entlud, wurde im Anschluss durch die Laudatio des Landesvorsitzenden Andreas Grün für den Preisträger des Jahres 2018, Julian Reichelt, mit Zahlen und Fakten ergänzt.

In seiner Funktion als Vorstandsvorsitzender der Chefredaktion der Bild Zeitung Deutschland rief Julian Reichelt die Spendenaktion zugunsten der beim G20-Gipfel verletzten Kolleginnen und Kollegen ins Leben, welche schon nach kürzester Zeit ein bis dahin ungeahntes Maß an Solidarität ausgelöst hatte und wurde hierfür von den Gästen mit großem Applaus bedacht. Leider konnte Herr Reichelt den Preis



Alexander Ollig, Produzent der Rosenheim Cops, Max Müller, Michi Mohr aus den Rosenheim Cops, Lars Elsebach, Vorsitzender der KG Kassel, Claudia Weingärtner, Chefredakteurin der Bild Zeitung Deutschland, Frank Schneider, Chefredakteur der Bild Zeitung Deutschland

nicht persönlich entgegennehmen, weshalb er eine Videobotschaft sowie Claudia Weingärtner nebst Frank Schneider sandte, die in seinem Team intensiv mit dieser Aktion und der Berichterstattung rund um G 20 betraut waren. Beide nahmen den Preis sichtlich gerührt entgegen und führten in ihrer Dankesrede noch einmal die eigenen Erlebnisse zu den Tagen rund um den G20-Gipfel in Hamburg aus.

Gewerkschafter des Jahres und „der Michi“

Zum „Gewerkschafter des Jahres“ fand Christoph Möhring (stellvertretender BZG-Vorsitzender Nordhessen) in seiner Laudatio genau die richtigen Worte, die ganz zutreffend beschrieben, was einen guten Gewerkschafter ausmacht und warum genau das auf Reiner Deichmann zutrifft. Das Publikum im Saal applaudierte entsprechend lautstark, als Reiner auf die Bühne kam, um seine Ehrung entgegenzunehmen.

Die musikalische Darbietung von „2Simple“ war eine gelungene Überleitung zur Verleihung des zweiten GdP-Sterns an diesem Abend.

Der kurze Film, der nun von der Regie eingespielt wurde, fasste in schönen Bildern stimmungsvoll zusammen,

was letztlich ausschlaggebend für die Auswahl des nächsten Preisträgers war.

Max Müller spielt in seiner Rolle als Michi Mohr einen sympathischen Kollegen aus Rosenheim, der es mit dem nötigen Charme immer wieder versteht, im Hintergrund die Hauptrolle zu übernehmen und die Herzen der Zuschauer zu gewinnen.

Lars Elsebach (Kreisgruppenvorsitzender Kassel) hielt eine sehr emotionale Laudatio und berührte damit sichtlich auch den Preisträger. Max Müller bedankte sich in seiner Rede und betonte, dass es „eine große Ehre“ für ihn sei.

Im anschließenden lockeren Abschluss des Abends und abwechslungsreichen Gesprächen am Büfett erfüllte Max Müller sämtliche Autogrammm- und Fotowünsche, bis es zum gemütlichen Feierabend-Bier zum Ausklang nach Wehlheiden ging. Dort hatten auch die Veranstalter nochmal ausgiebig Gelegenheit, mit den Preisträgern zu sprechen und der eigens zur Preisverleihung angereiste Produzent der Rosenheim Cops, Alexander Ollig, ließ durchblicken, dass er sich gerne an die GdP wendet, wenn zu Dreharbeiten Statisten benötigt werden.

Lars Elsebach



Populismus – Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft!?

Im Rahmen einer zweitägigen Fachveranstaltung kamen auf Einladung der GdP Bund über Hundert Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedensten Tätigkeitsbereichen in Berlin am 9. und 10. Mai zusammen. Auch aus Hessen nahmen zehn Kolleginnen und Kollegen teil. Gespannte Erwartungen im Vorfeld ließ auch das außerordentlich hochkarätig besetzte Plenum mit den unterschiedlichen Referentinnen und Referenten zu. Der versierte Moderator der Veranstaltung, Herr Christoph Tiegel aus Dortmund, war den Autoren dieses Artikels im Vorfeld der Veranstaltung bereits in einer gemeinsamen Taxifahrt bekannt geworden. Vor dem Auditorium reflektierte Tiegel dann nochmal die gemeinsame Taxifahrt und bedankte sich bei den Mitreisenden. Eingang wurde der Begriff Populismus und seine Auswirkungen, auch und gerade im Hinblick auf polizeiliche Tätigkeiten erörtert. Definition: „Populismus ist eine von Opportunismus geprägte, volksnahe, oft demagogische Politik, die das Ziel hat, durch Dramatisierung der politischen Lage die Gunst der Massen (im Hinblick auf Wahlen) zu gewinnen.“ In seinem Grußwort stellte der stellvertretende Bundesvorsitzende Dietmar Schilff klar heraus, dass die GdP und die Polizeibeschäftigten als eine bürgernahe und demokratische Polizei agieren. Nicht zuletzt deswegen genießen die Polizeibeschäftigten innerhalb der Bevölkerung ein hohes Vertrauen. Im Impulsreferat „Popu-

lismus in Deutschland und Europa – Erscheinungsformen, Ursachen und Entwicklungen“ stellte Herr Häusler von der Hochschule Düsseldorf als wissenschaftliche Grundlage eine Expertenmeinung dar. Neben der Begriffsdefinition machte Häusler klar, dass insbesondere die Wesensmerkmale des Populismus signifikant sind. Populisten inszenieren sich, machen sich zu Anwälten des Volkes und stellen Antihaltungen und Antipolitik in den Vordergrund. Damit verwickelt ist auch eine ausgeprägte Institutionenfeindlichkeit. Die einhergehende Moralisierung und Personalisierung sind die Effekte der Populisten. „Wir gegen die“, „Entweder gewinnen die oder wir“! Linkspopulismus: Partei- und bewegungsformige Stoßrichtungen sowie Personalisierung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse sind Attribute der Linkspopulisten. Mit Blick auf die lateinamerikanische Politik eines Hugo Chavez werden die Merkmale deutlich personifiziert herausgestellt. Klassenkampf, Kapitalismuskritiker und Internationalismus sind Merkmale der traditionellen



Wulf Baltruschat im Gespräch mit Aki Watzke Foto: Mohrherr

auch die kandidierenden Parteien und deren Thesen vor. Rechtsruck in Europa, Nationalpopulismus auf dem Vormarsch – so liest man viele Schlagzeilen. Schenkt man politischen, medialen und akademischen Stimmen Glauben, kommt Populismus heute scheinbar überwiegend von Rechts. Populismus und Rechtspopulismus werden oft synonym verwendet. Das erstaunt. Denn: Linkspopulismus hat Tradition und ist auch politisch wirksam, wie der Blick auf die in den Parlamenten Europas vertretenen linkspopulistischen Parteien zeigt. Mit Blick auf die AfD und ihren Werdegang stellte Häusler verschiedene Entwicklungsstadien der AfD dar. Seit Gründung der „Alternative für Deutschland“ (AfD) im Jahr 2013 wird über ihre politische Verortung gestritten. Die zunächst mehrheitlich national- und wirtschaftsliberal ausgerichtete Rechtsaußenpartei hat in den vergangenen Jahren mehrere Metamorphosen vollzogen. Mittlerweile lassen sich nach Alexander Häusler in der Partei deutliche Merkmale eines „völkisch-autoritären Populismus“ erkennen. Die Schwierigkeit einer eindeutigen politischen Charakterisierung dieser Partei aus Sicht der Politik- und Parteienforschung ist bislang dem Umstand geschuldet, dass die AfD einerseits unterschiedliche politische Milieus und Strömungen repräsentiert und dass sie sich andererseits im Laufe ihres bis-



Die Fachtagung war gut besucht

Foto: GdP Bund



FACHTAGUNG

lang fünfjährigen Werdegangs stark verändert und radikalisiert hat.

Einen Erfahrungsbericht über Rechtspopulismus in der Gesellschaft gab der ARD-Reporter Olaf Sundermeyer. Sundermeyer ist als Reporter vor Ort oft nah dran, beispielsweise bei Einsätzen anlässlich des 1. Mai in Berlin. Häufig kommt es zum Kontakt mit Polizisten. Lange Jahre wohnte und arbeitete Sundermeyer in Frankfurt/Oder. Die Themenfelder Rechtsextremismus und organisierte Kriminalität waren dort allgegenwärtig. Nachmittags diskutierten Stefan Körzell (DGB), Hans-Joachim Watzke (Vorstandsvorsitzender BVB 09) und Ulrich Leitermann (Vorsitzender der Vorstände SIGNAL-IDUNA) über die gemeinsame Verantwortung und Strategien gegen populistische Positionen in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Sport. Es entspann sich im Nachgang der munteren Diskussion auf dem Podium eine Aussprache im Plenum. Frau Yvonne Hofstetter, Juristin und Autorin, hielt einen Vortrag über Medien und Populismus. Selbstredend wurden hier einige Anleihen des Umgangs des amerikanischen Präsidenten im Umgang mit den Medien dargestellt. Im Nachgang zum Podium ließ es sich der Vorstandsvorsitzende von Borussia Dortmund, Aki Watzke, nicht nehmen, mit den Autoren über zurückliegende Einsätze bei Fußballspielen und den damit verbundenen Belastungen für die Polizei eingehend zu sprechen. Zum Abschluss des ersten Tages diskutierte GdP-Chef Oliver Malchow mit Yvonne Hofstetter und Sven Hüber, Hauptpersonalratsvorsitzender der Bundespolizei im BMI, über die Folgen des Populismus hierzulande und in Europa. Am zweiten Tag zog Dietmar Schilff ein kurzes Resümee des zurückliegenden Tages. Im Fokus standen dann zwei Referenten, Dr. Dirk Götting von der Polizeiakademie Niedersachsen und Prof. Dr. Christoph Kopke von der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, die Polizei und das Scheitern der Weimarer Republik, zwischen Reform und Holocaust – und die Relevanz von Polizei- und Demokratiegeschichte für die polizeiliche Bildung. Die Zeitreise begann vor einhundert Jahren und führte durch die Wirren der Weimarer Republik. Parallelen in die heutige Gegenwart waren erschreckend klar. Freunde,

Helfer, Straßenkämpfer ist eine Wanderausstellung der niedersächsischen Polizei, die an unterschiedlichen Standorten gezeigt wird. Das dazugehörige Begleitprogramm lud uns Zuhörer ein, in die Thematik „Rechter Populismus und die Folgen für die Polizei“ einzutauchen. Als

1918 die Revolution in Deutschland ausbrach, wurde die Polizei umgehend auf den Plan gerufen. Diese ließ sich aber nicht aufhalten und die Polizei zog sich zurück. Die kaiserliche Polizei hat mit der heutigen demokratischen Bürgerpolizei nichts zu tun. Wer damals Polizist war, hatte vorher beim Militär gedient. Der Beruf wurde auf Zeit ausgeübt, Bezahlung und Ausbildung waren mangelhaft. Ernst Schrader versuchte ein um das andere Mal eine Gewerkschaft für die Polizei zu gründen. Mitbestimmung und Arbeitsplatzgestaltung waren unter anderem die Ziele. Mit Bildung sollte verstärkt durch die Einrichtungen von Polizeischulen/Fach- und Berufsschulen das intellektuelle Niveau innerhalb der Polizei aufgebaut und gestärkt werden. Mithin entwickelten sich die politischen Lager, der autoritäre Staat wurde insbesondere durch die Deutsche Nationale Volkspartei geprägt. Nachdem die Weltwirtschaftskrise ausgebrochen war, waren die innenpolitischen Verhältnisse äußerst fragil. Mehrheiten im Reichstag mussten gesucht und gefunden werden, tolerierte Regierungen wie unter Brüning regierten mit Notverordnungen. Nach ersten Wahlerfolgen der NSDAP kamen auch die ersten Polizeieinheiten in deren Hand. Abschaffung der Koalitionsfreiheit, Zerschlagung der Gewerkschaften und Druck auf die Beschäftigten waren die Folge. Hindenburg war der Präsident, der die Republik 1932 nach der zweiten Reichstagswahl scheitern ließ – mit den bekannten politischen Folgen. Mit der Geschichte umgehen lautet ein Zwischenfazit. Die eingangs zitierte Ausstellung soll dabei



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Forums

Foto: GdP Bund

helfen, dieses dunkle Kapitel deutscher Geschichte wachzuhalten. Aus der Geschichte lernen heißt, das vergangene ernst zu nehmen und niemals Angst haben zu müssen, nur, weil man Gewerkschafter und Polizist ist. Doch Berlin ist nicht Weimar – gerade weil die Geschichte der Weimarer Republik und ihres Scheiterns als kollektive Erfahrung Teil unseres historischen Bewusstseins geworden ist. Dieses historische Bewusstsein gilt es zu stärken, durch eine engagierte und andauernde Bildungsarbeit und natürlich –, durch einen offenen Diskurs. Die ist davon nicht ausgenommen und dabei bilden Demokratie- und Polizeigeschichte eine Einheit. Denn ohne den Blick auf die Höhen und Tiefen unserer demokratischen Entwicklung, ist auch die wechselhafte Rolle und Funktion der Polizei weder zu vermitteln noch zu verstehen. Ein klares und unumstößliches Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist die unumstößliche Grundlage unseres gewerkschaftlichen und dienstlichen Handelns. Der aktuelle Populismus in Deutschland und Europa stellt uns als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und als Polizeibeschäftigte vor große Herausforderungen. Es ist daher folgerichtig, dass wir uns auch innerhalb unserer Gewerkschaft intensiv mit den Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen des Populismus auseinandersetzen und unsere ablehnende Haltung gegenüber jeglichen antidemokratischen und menschenverachtenden Tendenzen unmissverständlich zum Ausdruck bringen.

Jens Mohrherr – Wulf Baltruschat



Blick in die Geschichte deutscher Gewerkschaften

Der 2. Mai 1933 war für die deutsche Gewerkschaftsbewegung der Tag der schwersten Niederlage in ihrer langjährigen Geschichte. Nachdem die Nationalsozialisten den 1. Mai als „Feiertag der nationalen Arbeit“ inszeniert hatten, besetzten und verwüsteten SA-Kommandos Gewerkschaftshäuser, Büros und Wohnungen. Viele Gewerkschafter wurden, sofern sie nicht untergetaucht oder ins Exil geflüchtet waren, verhaftet oder in Konzentrationslager verschleppt, dort gefoltert und viele von ihnen auf unvorstellbare Weise grausam ermordet.



Der schrecklichste Ort der Welt: Junge Gewerkschafter der GdP besuchen bei der Bildungsarbeit, das ehemalige Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau.

Seit diesem Tag gab es keine demokratisch gewählten Vertreter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr. Nachdem ein funktionsfähiges Parlament nicht mehr existierte, Parteien verboten waren oder sich unter dem Terror der SA selbst entmächtigt hatten, wurden mit den freien Gewerkschaften die letzten demokratischen Organisationen endgültig zerschlagen. Was folgte, war eine zwölfjährige Gewaltherrschaft, ein in der Menschheitsgeschichte einmaliger industrieller Massenmord an den europäischen Juden und ein sechsjähriger Angriffskrieg, an dessen Ende über 60 Millionen Tote zu beklagen waren. Nicht zu vergessen, welch unendliches Leid die Überlebenden dieser Zeit in den Nachkriegsjahren durchlebten.

Geschichtliche Erfahrungen können nicht einfach in die Gegenwart oder in die Zukunft übersetzt werden, aber sie haben eine prägende Bedeutung für die Aufarbeitung der eigenen Ge-

schichte und somit auch für die eigene Identität. Aus ihnen kann gelernt und aus ihnen können und sollten Lehren gezogen werden. Dies galt und gilt auch für den Deutschen Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften. Auch wenn sich im Rückblick die Frage stellt, ob die Gewerkschaften alleine nicht zu schwach gewesen seien, gegen das NS-Regime erfolgreich Widerstand zu leisten, so war doch eines klar: Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in – mitunter sich bekämpfende – unterschiedliche weltanschauliche und religiöse Richtungsgewerkschaften hatte ihre Widerstandskraft erheblich geschwächt.

Die Schaffung der Einheitsgewerkschaft war eine folgerichtige Lehre aus Zerschlagung, Widerstand, Verfolgung und Exil. So wurden gewerkschaftliche Neugründungen nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur nach dem Einheitsprinzip gestaltet. Parteipolitisch und religiös neutral, unabhängig von Parteien, Staat und Unternehmen, aber parteiisch im Sinne der Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Und eine weitere Lehre wurde aus dem Ende der Weimarer Republik gezogen: Mit der Verankerung von Mitbestimmungsrechten für die Beschäftigten in Wirtschaft und Verwaltung (natürlich auch bei uns in der Polizei) wurde ein fundamentaler Beitrag zur Absicherung der politischen Demokratie geleistet. Einheitsgewerkschaft, Mitbestimmung und Tarifautonomie waren, sind und bleiben die tragenden Säulen gewerkschaftlichen Handelns zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in einer demokratischen, pluralistischen Gesellschaft.

Der 2. Mai ist damit mehr als ein Tag des Gedenkens und Mahnens. Er bedeutet für uns Gewerkschaften Verpflichtung und Verantwortung zugleich.

Aus dem verantwortungsvollen Umgang mit unserer Geschichte ergibt sich die Pflicht, weiterhin kontinuierlich Erinnerungsarbeit an die in grausamer Weise perfektionierte Diktatur des Nationalsozialismus zu leisten, an vergessene Orte und das Handeln von Menschen zu erinnern.

Und der 2. Mai verpflichtet uns zu rechtzeitigem Handeln gegen nationalsozialistisches Denken und Handeln, gegen Rassismus jeglicher Art, Extremismus jeglicher Art und Richtung sowie Intoleranz.

Dazu gehören nicht nur Verbote entsprechender Organisationen, sondern auch Maßnahmen zur Bekämpfung extremistischer Einstellungen in unserer Gesellschaft.

Im Fazit sollten Gewerkschaften Aufklärungsarbeit leisten, extremistische, rassistische und fremdenfeindliche Themen innergewerkschaftlich thematisieren, nach innen und außen Tabus verdeutlichen. Teilhabe ermöglichen und bilden. Und Gewerkschaften als klare Alternative und Fürsprecher derer, die sich „von denen da oben“ vernachlässigt fühlen, anbieten.

An dieser Stelle sei exemplarisch für diverse Bildungsprojekte in der Gewerkschaftslandschaft, die seit 2016 stattfindenden Fachtagungen der GdP Bund erwähnt. Die Fachtagung führt jedes Jahr junge Kolleginnen und Kollegen im Rahmen einer Gedenkstättenfahrt an den wohl schrecklichsten Ort der Welt – in das ehemalige Konzentrationslager nach Auschwitz.

**Text und Fotos
Christoph Möhring**



Gewerkschaftssekretär Torsten Rohde bei der Bildungsarbeit im Rahmen einer Gedenkstättenfahrt. Thematisch geht es auch um die Rolle der Polizei im NS-Staat.



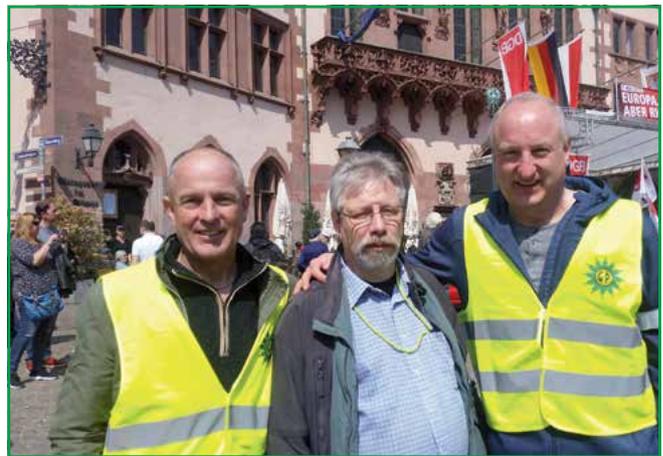
KUNDGEBUNG

Die 1.-Mai-Demonstration in Frankfurt

Der DGB-Stadtverband Frankfurt am Main hatte für den 1. Mai 2019 zur Demonstration und Kundgebung aufgerufen. Dieses Jahr stand die Demonstration unter dem Motto „Europa. Jetzt aber richtig!“ In Frankfurt versammelten sich gegen 10.30 Uhr 7000 Menschen vor den Eingang des Günthersburgpark. Dieses Mal nahmen mehr Teilnehmer an der Demonstration in Frankfurt teil wie letztes Jahr. Die GdP-Bezirksgruppe Frankfurt/Main war auch dieses Jahr wieder mit einigen Ordnern vertreten, um ihren Teil dazu beizutragen, dass für einen geordneten Verlauf des Demonstrationzuges gesorgt wird. Gegen 11 Uhr setzte sich der Demonstrationzug vom Günthersburgpark in Bewegung. Der Aufzug führte durch das Nordend, durch die City zum Römerberg. Dieses Jahr wurde auch ein aufblasbarer Elefant auf einem fahrbaren Untersatz mitgeführt, der sehr viel Aufmerksamkeit erzeugte. Es wurde durch diese Aktion auf die Belastungen der Zusteller hingewiesen. Die Elefantentöne konnte man sehr gut aus dem Demonstrationzug heraushören. Aber auch andere Gruppierungen hatten gute Ideen, um ihre Forderungen zum Ausdruck zu bringen. Der Römerberg war auch dieses Jahr wieder von sehr vielen Gruppierungen verschiedener Nationalitäten mit verschiedenen Anliegen gut besucht. Die Kundgebung auf dem Römerberg begann gegen 12 Uhr. Philipp Jacks, Frankfurter DGB-Vorsitzender, war als erster Redner am Mikrophon. Er betonte, dass die Politik der letzten 40 Jahre und der Kapitalismus, trotz aller Fortschritte, grandios gescheitert sei. Die Macht der Konzerne sei heute größer als die der Könige und Kaiser im Mittelalter. Die Belegschaften müssten heute mehr Mitsprache erhalten als bisher. Die bisherige Mitbestimmung reiche nicht aus. Die Arbeitnehmer müssten auch in Fragen der Firmenstrategie mitreden und zudem den Unternehmensvorstand wählen dürfen. Anschließend hielt Frankfurts Oberbürgermeister Peter Feldmann eine kämpferische Rede. Er war begeistert, dass in diesem Jahr die größte Gewerkschaftskundgebung zum 1. Mai seit Jahrzehnten in Frankfurt stattfindet. Dies wäre ein fantastischer Erfolg und derjenige, der anwe-

send und noch nicht in einer Gewerkschaft sei, sollte eintreten. Der Oberbürgermeister hatte in seiner Rede auch die Erfolge im Wohnungsbau zum Ausdruck gebracht. Er hatte bei der städtischen Wohnungsgesellschaft ABG einen Mieterhöhungsstopp durchgesetzt. Des Weiteren ist er darauf eingegangen, dass nun Kinder und Jugendliche kostenfrei Museen und Freibäder besuchen können. Die nachfolgende Rednerin Anna Schmitz, Jugendverband der Gewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie, verlangte von der Stadt, dass sie mehr Unternehmen müsste, um die Jugendarmut in Frankfurt zu bekämpfen. Es müssten auch Auszubildenden-Wohnheime gebaut werden, weil Lehrlinge sich die Mieten in Frankfurt nicht leisten könnten und nebenbei arbeiten müssten.

Die Hauptrednerin, Marlies Tepe, Bundesvorsitzende der GEW, hatte erstmalig an das diesjährige Motto „Europa. Jetzt aber richtig!“ erinnert. Zunächst stellte sie die Erfolge heraus. In der EU kann man visafrei reisen, studieren und arbeiten und man lebt seit mehr als 60 Jahren in Frieden. Aber die Skepsis gegenüber der EU ist groß. Sie fordert ein Europa für die Menschen statt für die Märkte. Aber ohne Europa gehe es nicht, da die



Die Bezirksgruppe Frankfurt war natürlich mit dabei



Herausforderungen wie Digitalisierung, globale Migration und demografischer Wandel von keinem Land allein bewältigt werden könnte. Sie forderte auch mehr Geld für Bildung, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Reform der Erbschaftssteuer. Nach den Reden wurde die Veranstaltung noch mit Musik der Gruppe Revolte Tanzbein abgerundet.

Text und Fotos: Uwe Nachtwey



VERSCHIEDENES

„GdP und Äppler“

Am 17. 4. 2019 fand wieder unser GdP-Stammtisch „GdP und Äppler“ statt. Dieses Mal waren wir in Frankfurt-Seckbach im Apfelweinlokal und der Kelterei „Zum Rad“. Dieses Apfelweinlokal hat eine lange Tradition. Dieses Lokal gibt es bereits seit 1806. Damals fuhren die Frankfurter mit ihren Kutschen am „Rad“ vorbei, um im großen Sommergarten ihren „Ebbelwoi“ zu genießen. Im Winter waren es die Einheimischen, die in der uralten Gaststätte dicht und gedrängt am wärmenden Bollofen ihr Rippchen mit Kraut genossen. Im Jahre 1806 hatte Seckbach nur 2500 Einwohner, aber 15 Apfelweinwirtschaften. Heute sind gerade mal zwei übriggeblieben. Dafür keltern beide Apfelweinwirtschaften ihren „Ebbelwoi“ selbst. Wir konnten statt mit der Kutsche mit dem Bus nach Seckbach fahren. Der ein oder andere GdPler war das erste Mal in Seckbach, und man stieg schon mal an der falschen Haltestelle aus. Aber das war nicht so schlimm. Bei dem schönen Wetter konnte man noch einen entspannten Fußmarsch durch Seckbach zum Lokal unternehmen. An diesem Tag hatte sich eine gesellige Runde

im „Rad“ eingefunden. Wir hatten viel Spaß und das eine oder andere Thema, was uns derzeit beschäftigt, wurde ausgiebig diskutiert. Die Zeit verrann wieder sehr schnell. Aber es war wieder ein schöner Abend. Und was sagte 1999 Rainer Hubertus: „Hos de Zeit un hosde Dorscht, is der alles annre Worscht, hock Dich in e Werdtschaft noi un drink en guude Äbbelwoi“. Damit ist alles gesagt. Nächstes Mal wird unser Stammtisch „GdP und Äppler“ in einem anderen Stadtteil von Frankfurt stattfinden. Nebenbei kann man viel über Frankfurt



am Main erfahren. Vielleicht ist der ein oder andere Leser neugierig geworden.
Uwe Nachtwey

JUBILARE

25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Torsten Lein
Bianka Schaadt
Gerhard Lesch
Petra Fry
Jürgen Peter
Heiko Spillner
Gisela Stannek
Werner Walsch
Andrea Alt
Kreisgruppe Main-Kinzig

Ehrenfried Utring
Heinz Müller
Siegfried Pfaff
Kreisgruppe Main-Kinzig

50-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Heinrich Hoelzle
Otto Moritz
Kreisgruppe Main-Kinzig

60-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Renate Rucker
Kreisgruppe Main-Kinzig

40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Burkhard Kratz
Rudolf Schäfer
Karl-Heinz Zachmann
Alfred Schneider
Johann Utring
Johannes Roth
Manfred Mans

65-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Bernhard Langer
Kreisgruppe Main-Kinzig

STERBEFÄLLE

Es starben

Oswin Moser
Kreisgruppe Limburg-Weilburg
Fritz Spruck
Kreisgruppe Wiesbaden
Erwin Bacher
Kreisgruppe Bad Homburg
Helga Alvermann
Kreisgruppe HPT
Martin Karges
Kreisgruppe Waldeck-Frankenberg
Reinhold Gauer
Kreisgruppe Frankfurt

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Markus Hüschentz (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

